

Dr. Klaus Heidegger,
Pax Christi Österreich
Kommission für Sicherheit und Abrüstung

Stoppt den Krieg! Kein Frühling ist in Sicht.

Sonntag, 20. März 2011. Auf den ersten Seiten der Sonntagszeitungen sind Kampfflugzeuge europäischer Staaten, die Libyen angegriffen haben; an der Spitze der Meldungen des Frühlingssonntags sind Berichte über Ziele, die von der „Koalition der Willigen“¹ auf libyschem Staatsgebiet getroffen wurden. Mit der Operation Odyssey Dawn sind europäische Staaten in einen neuen Krieg verstrickt.

Noch nie wurde in der Geschichte der EU so deutlich, was im EU-Jargon schon lange als „Koalition der Willigen“ bezeichnet wurde. Wenn die militärisch am meisten hochgerüsteten Staaten der EU - allen voran Frankreich und Großbritannien - zu Militärschlägen bereit sind, dann schlagen sie im Bunde mit anderen NATO-Staaten los, auch wenn es dafür weder in den EU-Gremien noch im Nordatlantikpakt² eine Mehrheit gibt. Eine konsensuale GASP ist Schimäre. Die „Tauben“ in der EU haben da nichts zu sagen, selbst wenn diesmal die deutsche Bundesregierung vor Militärschlägen warnte. Die französisch-britisch-amerikanischen Angriffe stellen jedes Schönreden von einer „Friedensmacht EU“ in Frage. Die Falken bestimmen mit ihrer Militärmacht, was Sache ist. EU-Staaten, die da nicht mitmachen

¹ Als Koalition der Willigen oder als Koalition der Wollenden (Original: „coalition of the willing“) bezeichneten insbesondere die US-amerikanischen Gründer dieser Koalition eine Allianz von Staaten, die den Angriff der USA im Frühjahr 2003 auf den Irak im Dritten Golfkrieg politisch und militärisch unterstützten. Innerhalb einer Bündnisstruktur wird damit eine Situation geschaffen bzw. erlaubt, wonach einige Staaten an einer kriegerischen Aktion teilnehmen können, ohne dass alle zustimmen müssen. Innerhalb der EU wurde dieser Begriff beispielsweise verwendet, wenn ein EU-Mitgliedsland an einer gemeinsamen Maßnahme nicht beteiligt sein wollte, zugleich aber durch sein Nein nicht die „Willigen“ blockieren konnte.

² Vor allem das NATO-Mitgliedsland Türkei übte Zurückhaltung und stemmte sich gegen die Beteiligung der NATO an der Durchsetzung der Flugverbotszone.

können oder wollen, werden indirekt als „Unwillige“ gebrandmarkt, selbst wenn sie schweigend oder laut für Militärschläge sind. Das neutrale Österreich verrät seine Rolle als aktiver Friedensstifter, indem EU-Vertreter bereits im Vorhinein militärische Loyalität signalisierten und die Bundesregierung sich vor kritischer Stellungnahme zurückhält.³ Wäre Österreich bereits Mitglied der NATO, so müsste es vorbehaltlos die Kriegspolitik dieses Bündnisses unterstützen. Ein Opting-out wäre nicht mehr möglich. Noch schützt die immerwährende Neutralität Österreich davor, in den Krieg hineingezogen zu werden.

Ein Krieg gegen Libyen fordert unzählige Menschenleben. Die Militärs nehmen dies als „Kollateralschäden“ in Kauf. Der Luftkrieg der Alliierten entfacht und verstärkt einen Bürgerkrieg zwischen Gaddafi-treuen Truppen und den Aufständischen. Die kriegerische Interpretation der UN-Resolution 1973 unterstützt eine der Bürgerkriegsparteien. Es ist mehr als scheinheilig, wenn der Angriffskrieg mit dem Argument geführt, Menschenleben zu retten. Würde dies das wichtigste Motiv sein, dann dürfte kein Krieg geführt werden, dürfte nicht der Bürgerkrieg verstärkt werden und würde auch nicht durch Frontex das Leben von Tausenden Flüchtlingen gefährdet werden. Um einen Krieg zu führen, kann massenhaft und ressourcenintensiv Material in Bewegung gesetzt werden, während das japanische Volk so dringend weit mehr Hilfe von der internationalen Weltgemeinschaft brauchen würde. Welch zynische Weltpolitik! Aus den Kriegen im Irak und Afghanistan wurde nichts gelernt. Bomben können weder Demokratie schaffen noch kann aus zerbombten Städten und auf Leichenfeldern Frieden wachsen.

Welche Ziele verfolgen die französischen Mirage und Rafale, die britischen Eurofighter, die US-amerikanischen Marschflugkörper, Kriegsschiffe und Unterseeboote? Wieder - wie im Falle Irak und Afghanistan - muss der Vorwand einer „humanitären Intervention“ herhalten, um die

³ Im Gegenteil: Am zweiten Tag der Angriffe meinte der österreichische Außenminister, Österreich könne sich aufgrund seiner Neutralität zwar nicht an Kampfeinsätzen beteiligen,

primären Wirtschaftsinteressen des Westens zu verschleiern.⁴ Warum wird in nicht im Jemen interveniert, wo die Demokratiebewegung blutig niedergeschlagen werden soll? Warum nicht im Kongo, wo in einem grausamen Bürgerkrieg bereits Abertausende umgebracht worden sind? Als sich die Menschen in Bahrain gegen die US-gestützte Monarchie erhoben und in den Straßen zusammengeschossen wurden, war keine Rede von einem Eingreifen (des Westens), obwohl dort die 5. US-Flotte stationiert ist und die Marines zweifellos sehr schnell eine Lösung hätten herbeiführen können. Warum keine Interventionen zur Befreiung des tibetischen Volkes von der chinesischen Fremdherrschaft oder Palästinas angesichts systematischer jahrzehntelanger Menschenrechtsverletzungen? Die Antwort ist offensichtlich. Libyen verfügt über die größten Ölressourcen im afrikanischen Raum.⁵ Geht es wirklich darum, die libyschen Bürger und Bürgerinnen vor Gaddafi zu schützen? Dann hätten die westlichen Mächte längst - schon seit vielen Jahrzehnten - die Möglichkeit gehabt, nicht mehr die blutigen Ölgeschäfte mit dem libyschen Tyrannen zu machen, ihn hochzurüsten mit eben jenen Kampfjets, Fliegerabwehrsystemen und Waffen, gegen die jetzt gekämpft wird. Der Krieg in Libyen ist ein Krieg um Öl!

Was ist schief gelaufen am Aufstand in Libyen? Aus der Perspektive der Gewaltfreiheit fällt auf, wie von Beginn an - anders als in Tunesien oder Ägypten oder in den gewaltfreien Aufständen anderswo in der Welt - die Aufständischen auch zu Mitteln der Gewalt gegriffen haben. Die Führung des Aufstands hatten bald jene Kräfte inne, die mit erbeuteten Panzern und Waffen zum Kampf gegen die Truppen Gaddafis bereit waren. In Ägypten gelang es, das Militär sehr schnell für den Aufstand zu gewinnen, weil gegen

würde aber für humanitäre Einsätze im Rahmen der Battlegroups bereit sein.

⁴ Tatsächlich gab es bis zum militärischen Angriff am 19. 3. 2011 kaum gesicherte Berichte von Angriffen von Gaddafi-Truppen auf die Zivilbevölkerung. In den westlichen Medien hingegen wurde sofort immer vom „Schlächter von Bagdad“ geschrieben, der Zivilisten mit Kampfflugzeugen bombardieren würde. Eine Verifizierung solcher Meldungen blieb jedoch aus. Damit soll nicht in Abrede gestellt werden, wie massiv Gaddafi seit Jahrzehnten Menschenrechtsverletzungen beging.

das Militär nicht gekämpft wurde; in Libyen wurde von Beginn an das Militär als Feind bekämpft. Nicht zu Unrecht wurden in Libyen die Aufständischen als „Rebellen“ bezeichnet. Es entstand sehr schnell eine Bürgerkriegssituation. Die USA und Frankreich - und vielleicht wird Wikileaks noch aufdecken, wie die Geheimdienste wirklich arbeiteten - haben in den letzten Wochen den Aufständischen signalisiert, dass sie die Rebellen auch militärisch unterstützen würden, was mehr und mehr zu einer militärischen Win-Lose-Situation führte. Die Interessen des Westens am Öl dürften, anders als beispielsweise im ölarmen Tunesien, dabei ausschlaggebend gewesen sein. Die UN-Resolution 1973 verlangte in einem ersten Schritt die Einstellung aller Kampfhandlungen in Libyen, d. h. ein Ende des Bürgerkrieges. Was wäre gewesen, hätten sich die Rebellen nicht zum militärischen Kampf in den Städten Misrati oder Benghazi verschanzt? Das massenhafte Töten von Menschen hätte verhindert werden können. Tunesien und Ägypten zeigten, dass gegen Despoten gewaltfrei und mit Aussicht auf Erfolg gekämpft werden kann.

Ironischerweise haben sich am militärischen Kampf nun auch jene arabischen Regime beteiligt, die selbst die Aufstände in ihren eigenen Ländern teils brutal unterdrücken. Mit Waffen aus den UN-Sicherheitsratsländern wird in Bahrain gegen friedliche Demonstranten geschossen - vielleicht zählt aber auch Bahrain schon zur „Koalition der Willigen“.

Jubeln darf der militärisch-industrielle Komplex. Die Milliarden, die in Rüstung gesteckt werden, scheinen sich zu lohnen. Erstmals können die Eurofighter ihre Kriegstauglichkeit unter Beweis stellen. Die USA testen ihre neuen F-22-Stealth Bomber und präsentiert sie damit medienwirksam künftigen Regimen irgendwo auf der Welt zum Kauf. Während die Welt

⁵ Libyen verfügt über die neuntgrößten Ölvorräte der Erde. Zuletzt wurden 1,67 Millionen Fass pro Tag gefördert. Die OMV bezog 34.000 Fass pro Tag. Knapp ein Viertel des in Österreich verwendeten Rohöls kommt aus Libyen.

geschockt ist vom Horror der Nuklearkatastrophe von Fukushima, kreuzt im Mittelmeer ein US-amerikanisches Atom-U-Boot.

Aus friedenspolitischer Sicht ist es gefährlich, wenn eines der Grundprinzipien der Weltgemeinschaft, die Souveränität eines Landes zu achten, durch den Beschluss des UN-Sicherheitsrates, eine Flugverbotszone einzurichten - was einem Kriegsbeschluss gleichkam - missachtet wurde.⁶ Der UN-Sicherheitsrat hat ein weiteres Mal deutlich gemacht, dass er seinem Anspruch als Bewahrer des Friedens und des zivilisierten Zusammenlebens auf der Welt in der jetzigen Konstellation nicht mehr gerecht wird. Statt sich für humanitären Hilfsmaßnahmen zu engagieren, wurde dem Krieg das Wort geredet. Angesichts eines dritten Krieges in der islamischen Welt hätte Präsident Obama seine Auszeichnung als Friedensnobelpreisträger längst dem Nobelkomitee zurückgeben müssen. Mit seiner Kriegserklärung gegen Libyen verletzt er zudem die Verfassung der USA, demnach ein Krieg die Zustimmung des Kongresses verlangt. Eine solche ist aber nur dann möglich, wenn die USA selbst angegriffen worden wären, also in einer Verteidigungsabsicht. Wir leben in einer Zeit, in der Grundlagen des nationalen und internationalen Rechts scheinbar außer Kraft gesetzt werden, um Kriege führen zu können. Die Argumentation, die westlichen Mächte würden im Auftrag der Verteidigung des Völkerrechts agieren, ist angesichts der offensichtlichen geopolitischen Interessen der beteiligten Kriegsländer fragwürdig.

⁶ Die Resolution des UN-Sicherheitsrates 1973 wurde mit 10 Jastimmen und 5 Enthaltungen angenommen. Sie fordert einen sofortigen Waffenstillstand, dessen Nichtbeachtung eine Militärintervention nach sich zöge. Jedoch wurde ausdrücklich eine Intervention mit Bodentruppen ausgeschlossen. Die Resolution erlaubt jedoch die Errichtung einer Flugverbotszone. in den 1990er Jahren nach dem Ersten Golfkrieg. Damals setzten die USA, Großbritannien und Frankreich eine Flugverbotszone (über dem Irak) durch, die nicht zum Frieden führte; unter der Flugverbotszone kam es im irakischen Kurdistan zwischen zwei feindlichen Parteien zu einem erbittert geführten Bürgerkrieg. Außerdem diente die Flugverbotszone auch der Vorbereitung der US-Invasion im Jahr 2003. Eine Intervention in Libyen könnte zu einer Teilung des Landes und zu jahrzehntelangen Auseinandersetzungen führen. Die Arabische Liga kritisierte allerdings von Beginn an die Operation Odyssey Dawn, da es der UN-Resolution um den „Schutz der Zivilisten ginge“ und nicht um Angriffe, in der die Zivilbevölkerung gefährdet wird.

Was sagt die katholische Kirche zum militärischen Eingreifen des Westens? Papst Johannes Paul II. hatte sich in den 90er-Jahren gegen die Militärschläge des Westens auf den Irak ausgesprochen. Von Papst Benedikt XVI. fehlt bislang eine offizielle Stellungnahme. Einer direkten Wertung enthält sich der „L'Osservatore Romano“ am Tag der Angriffe - wie überhaupt hochrangige Vatikanvertreter. Der „Katechismus der Katholischen Kirche“, der unter der Federführung des heutigen Papstes Benedikt XVI. entstand, führt allerdings klare Kriterien für einen so genannten „gerechten Krieg“ an. Ein Volk dürfe sich „in Notwehr militärisch verteidigen“, falls ansonsten der Schaden für die Nation oder die Völkergemeinschaft „schwerwiegend und von Dauer“ wäre. „Alle anderen Mittel, dem Schaden ein Ende zu machen, müssen sich als undurchführbar oder wirkungslos erwiesen haben. Es muss ernsthafte Aussicht auf Erfolg bestehen.“ Und „der Gebrauch von Waffen darf nicht Schäden und Wirren mit sich bringen, die schlimmer sind als das zu beseitigende Übel“. (KKK, 2309) Daher kommt der L'Osservatore zur Schlussfolgerung: „Bei aller Sympathie für die Aufständischen, es sieht nicht so aus, als würde ein militärisches Eingreifen des Westens in Libyen diesen Kriterien vollauf genügen.“

Mit militärischen Kampfhandlungen kann kein Frieden geschaffen werden. Die erste Forderung lautet: Zurück an die Verhandlungstische! Stopp der Kampfhandlungen. Die Weltgemeinschaft hätte so viele Ressourcen, das libysche Volk vor einem blindwütigen Diktator zu schützen und ihm und seinem Regime einen unblutigen Abgang zu ermöglichen. Mit einem kleinen Teil der Milliarden Dollar und Euro, die in die Kriegsmaschinerien gesteckt werden, könnten Tausende von Friedensfachkräften nachhaltig für eine friedliche Konflikteskalation eintreten.

Weltweit fordern friedensbewegte Menschen und ihre Organisationen: Nein zu jedem Krieg! Kein Krieg gegen Libyen. Österreich muss in den internationalen Organisationen - insbesondere den Vereinten Nationen und der EU - klar gegen eine kriegerische Politik auftreten. Weltweit fordern

friedensbewegte Menschen - nicht erst in den letzten Monaten - Solidarität mit dem ganzen Volk von Libyen, das unter dem Gaddafi-Regime leidet und das jetzt durch die militärische Intervention der westlichen Militärmächte in eine Bürgerkriegssituation getrieben wird.

Kein Krieg gegen Libyen!

Dr. Klaus Heidegger,

Pax Christi Österreich

Kommission für Sicherheit und Abrüstung

20. März 2011